

Birte Klemm*

Zwischen Propaganda und Kommerz: Reorganisationsmaßnahmen im chinesischen Pressewesen seit Sommer 2003

Einleitung

Als im Sommer 2003 bekannt wurde, dass die chinesische Regierung mehrere hundert Zeitungen und Zeitschriften einstellen wolle, ging ein Aufschrei durch die internationalen Medien. Nach offiziellen Angaben betrafen die Schließungen lediglich „unrentable“ von Regierungs- und Parteiorganen herausgegebene Publikationen. Nicht wenige Kommentatoren mutmaßten daher eine weitere Anpassung des Pressesektors an marktwirtschaftliche Gesetze und internationale Standards im Zuge des Beitritts der VR China in die Welthandelsorganisation (WTO). Manch einer sah in den als Teil einer groß angelegten Medienreform dargestellten Maßnahmen sogar Anzeichen für ein absehbares Ende des chinesischen Propagandaapparats.¹ Dagegen fürchteten andere Beobachter jedoch politisch motivierte Schließungen von Zeitungen und Zeitschriften, die in der Vergangenheit nicht den offiziellen Vorgaben der Behörden gefolgt waren. Derartige Vermutungen wurden genährt durch wieder zunehmende staatliche Sanktionen gegen Journalisten und Publikationen ab Juni 2003, die die seit Amtsübernahme der neuen Führung um Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao 2002/2003 gestreuten Hoffnungen auf eine ansatzweise Liberalisierung der Medienpolitik im Keim zu ersticken schienen.

Was steckt also hinter den jüngsten Entwicklungen im Pressewesen? Zur Beantwortung dieser Frage liefert der vorliegende Beitrag zunächst einen Überblick über die Reorganisationsmaßnahmen in dieser lukrativen Branche seit Beginn der Reformära. Dann werden die Mitte 2003 erlassenen Bestimmungen für die von Partei- und Regierungsorganen herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften aufgeführt sowie deren bisherige Umsetzung dargestellt. Abschließend erfolgt eine zusammenfassende Bewertung vor dem Hintergrund weiterer neuerer Entwicklungen in der chinesischen Medienpolitik.

¹„The propaganda system is dying“ soll beispielsweise der Dekan des Instituts für Journalismus der Qinghua-Universität in Beijing, Li Xiguang, im Sommer 2003 im Zuge der Spekulationen über die anstehende Medienreform geäußert haben. Zitiert nach Dexter Roberts, „Extra! China's Press Opens Up!“, in: *Business Week* online, 14.7.03.

Entwicklungen im Pressewesen seit Beginn der Reformära

Bis Ende der siebziger Jahre wurden alle chinesischen Medien vollständig vom Staat finanziert und dienten in ihrer Funktion als Sprachrohr der parteistaatlichen Führung einzig und allein der Übermittlung von Propaganda. Im Zuge der 1978/79 eingeleiteten Wirtschaftsreformen setzte dann eine Neubewertung der Rolle von Medien ein, die ein rasches Wachstum der Medienträger im Allgemeinen und der Presseerzeugnisse im Besonderen bewirkte (vgl. nachfolgende Tabelle). Die Dezentralisierungspolitik der neuen Parteispitze um Deng Xiaoping und die dadurch bedingten Einbußen im Staatshaushalt, machten schließlich einen graduellen Subventionsabbau auch im Mediensektor notwendig. Stellte die vollständige Finanzierung der Pressepublikationen in den achtziger Jahren noch den Regelfall dar, so wurden Anfang der neunziger Jahre immer mehr Zeitungen und Zeitschriften in die wirtschaftliche Unabhängigkeit entlassen. Als wichtige Finanzierungsquelle dienten neben den Gewinnen aus dem Vertrieb der Publikationen bereits 1979 wieder zugelassene Werbeeinnahmen. Eine zunehmende Kommerzialisierung der Medieninhalte sowie unternehmerische Managementmethoden hielten nach und nach Einzug.²

Den politischen Vorgaben der parteistaatlichen Führung musste dennoch weiter Folge geleistet werden. Während den offiziellen Parteiorganen kaum inhaltlicher Spielraum genehmigt wurde, durften parteifernere Publikationen weniger Propaganda und mehr Informationen aus dem Alltag drucken. Eine Reihe offizieller Sprachrohre gaben aufgrund dessen Wochenendausgaben, Abendzeitungen, Branchenzeitungen und andere Ableger heraus, die sich mehr an den Leserinteressen ausrichteten und höhere Werbeeinnahmen erbrachten.³ So konnte sich in den neunziger Jahren eine wachsende Zahl gewinnorientierter Zeitungen und Zeitschriften entwickeln, die weitgehend unabhängig und ohne staatliche Subventionen arbeiten. Zum stetigen Wachstum der Presseerzeugnisse seit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode trugen außerdem eine Vielzahl neuer Lifestyle- sowie Boulevardmagazine bei. Die Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen hatte allerdings auch unweigerlich zur Folge, dass nicht wenige unwirtschaftliche Publikationen ihre Arbeit einstellen mussten.⁴

²Vgl. Doris Fischer, „Rückzug des Staates aus dem chinesischen Mediensektor? Neue institutionelle Arrangements am Beispiel des Zeitungsmarkts“, in: *Asien*, Nr.80, Juli 2001, S.5-24, hier S.9, 12; Zhao Yuezhi, *Media, Market, and Democracy in China. Between the Party Line and the Bottom Line*, Urbana and Chicago: University of Illinois Press, 1998, S.52f.

³Vgl. Sigrun Abels, „Das Mediensystem in der VR China“, in: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.), *Internationales Handbuch Medien 2004/2005*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2004, S.828-859, hier S.835.

⁴Beispielsweise waren im Jahre 1997 insgesamt 227 Zeitungen und 346 Zeitschriften von Schließungen betroffen, was Beobachter größtenteils auf deren mangelnde Qualität zurückführen. Vgl. C.a., 1998/1, Ü 19. Einen zahlenmäßig großen Einbruch stellte zudem die Zeit nach der Niederschlagung der Protestbewegung 1989 dar, als die Regierung eine politische „Säuberung“ der Presselandschaft durchführte und etliche Publikationen ihre Arbeit einstellen mussten. Vgl. Barrett L. McCormick, „Recent Trends in Mainland China's Media: Political Implications of Commercialization“, in: *Issues & Studies*, Vol.38, No.4/Vol.39, No.1 (Dec. 2002/March 2003), S.175-215, hier

Tabelle 1: Anzahl der Presseerzeugnisse seit 1980

	1980	1990	2000	2002*
Zeitungen	188	1.444	2.007	2.137
Zeitschriften	2.191	5.751	8.725	9.029

Quelle: *Zhongguo tongji nianjian 2002* (Statistisches Jahrbuch Chinas 2002); * *People's Daily* online, 3.10.03.

Seit 1995 veranlasste die parteistaatliche Führung mit der Gründung großer Zeitungs- und Verlagsgruppen einen allmählichen Re-Konzentrationsprozess der Nachrichtenmedien.⁵ Bei diesen Zusammenschlüssen dient eine Parteizeitung als „Flaggschiff“, um das sich oben erwähnte ertragreichere Publikationen, aber auch andere Geschäftsfelder gruppieren.⁶ Diese sollten nicht nur den Markt im ganzen Land bedienen, sondern auch der im Zuge des WTO-Beitritts Chinas anwachsenden internationalen Konkurrenz ausländischer Medienkonzerne begegnen. Waren bis 1999 vor allem die großen Tageszeitungen aufgerufen, Zeitungsgruppen zu bilden, ordnete die Regierung Ende 1999 auch für viele kleine von Ministerien und anderen Regierungsämtern herausgegebene Presseorgane an, mit übergeordneten Parteipublikationen zu fusionieren oder ihre Arbeit einzustellen. Ab 1.1.2000 sollten alle von zentralen Regierungsorganen herausgegebenen Zeitungen finanziell unabhängig werden.⁷

Diese und ähnliche in den letzten Jahren ergriffenen Reorganisationsmaßnahmen wurden seitens der Regierung vor allem damit begründet, die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Presseerzeugnisse und deren Qualität zu verbessern. Gleichzeitig ging es jedoch ebenfalls darum, angesichts der wachsenden Anzahl von Publikationen die Kontrolle über das gesamte Pressewesen zu stärken und den offiziellen Sprachrohren der Partei die führende Position im Propaganda- und Nachrichtensektor zu sichern. Diese waren durch die aufkommende Boulevardpresse zunehmend unter Druck geraten und verzeichneten stark rückläufige Auflagezahlen.⁸ So sank die Auflage des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), der *Renmin Ribao* (*Volkszeitung*), nach offiziellen Angaben von acht Millionen Exemplaren Anfang der neunziger Jahre auf nur drei Millionen im Jahre 1999.⁹

S.188.

⁵Diese Entwicklung nahm ihren Anfang mit der Gründung der *Guangzhou-Daily*-Zeitungsgruppe 1995 in Guangdong. Vgl. C.a., 1998/6, Ü 16.

⁶Hierbei handelt es sich sowohl um verlagsnahe Geschäftsfelder wie Vertrieb, Druck und Werbung als auch um andere wirtschaftliche Aktivitäten wie Immobiliengeschäfte. Doris Fischer, „Rückzug des Staates aus dem chinesischen Mediensektor? Neue institutionelle Arrangements am Beispiel des Zeitungsmarkts“, a.a.O., S.17.

⁷Vgl. C.a., 1999/12, Ü 23.

⁸So soll es sich bei den im Zuge der Restrukturierungsmaßnahmen 1999 geschlossenen Zeitungen in erster Linie um kleinere Boulevardblätter auf lokaler bzw. regionaler Ebene gehandelt haben, die institutionell an Abteilungen örtlicher Verwaltungsbehörden angeschlossen waren. Diese hatten durch aktuelle Informationen aus dem Arbeitsalltag der Behörden in Form von sensationellen Berichten über Unfälle, Kriminalität, Gerichts- und Korruptionsfälle eine wachsende Leserschaft für sich gewinnen können. Als Grund für die Schließungen vermuteten einige Beobachter somit nicht nur eine Eliminierung der lokalen Konkurrenz zu den offiziellen Presseorganen, sondern auch ideologische Bedenken der Parteiführung hinsichtlich einer zunehmend „dekadenten“ Berichterstattung der Boulevardpresse. Vgl. C.a., 1999/12, Ü 13.

⁹Vgl. C.a., 1999/12, Ü 13, 23.

Dieser Trend setzte sich auch in den letzten Jahren fort. Viele der Presseorgane der Partei sind damit finanziell von ihren meist parteiferneren Tochterpublikationen abhängig. Darüber hinaus wurden die großen nationalen Parteizeitungen sowie eine Vielzahl von Publikationen in entlegeneren Gebieten weiterhin finanziell vom Staat gefördert.¹⁰ In einzelnen Provinzen sind die Regierungen sogar wieder dazu übergegangen, die Verbreitung der wichtigsten Sprachrohre durch eine festgelegte Anzahl von Abonnements staatlicher Stellen zu sichern.¹¹

Überdies sind alle Medienbetriebe bis heute offiziell in staatlicher Hand und werden formal nicht als Unternehmen, sondern als „öffentliche Dienstleistungseinheiten“ (*shiyew danwei*) bezeichnet.¹² Privatinvestitionen in redaktionelle Tätigkeiten der Pressepublikationen sind somit offiziell nicht erlaubt.¹³ Lediglich Vertrieb und Einzelhandel dieser Branche werden in den letzten Jahren graduell für in- und ausländische Privatinvestitionen geöffnet, womit China den Verpflichtungen des WTO-Abkommens nachkommt.¹⁴ Für ausländische Printmedien ist der Zugang zum chinesischen Markt folglich weiterhin schwierig. So ist es formal verboten, chinesische Versionen ausländischer Magazine in China zu publizieren und zu vertreiben. Bisher wurde nur eine einzige Lizenz für solche Zwecke vergeben und zwar an die US-Zeitschrift *Business Week* im Jahre 1986. Ausländische Verlage haben jedoch die Möglichkeit, Kooperationen mit chinesischen Pendanten einzugehen und Joint Ventures mit Minderheitsbeteiligung zu gründen. Chinesische Magazine können auf diese Weise Titel sowie einen gewissen Anteil des Inhalts des ausländischen Partners übernehmen, was meist im Austausch für eine Beteiligung an den Werbeeinnahmen geschieht. Im Oktober 2003 gab es nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua 37 zugelassene Kooperationsprojekte dieser Art.¹⁵ Einige ausländische Unternehmen umgehen diese Vorschriften jedoch, indem sie offiziell mit einem chinesischen Partner beispielsweise eine Werbeagentur gründen, die nebenbei die redaktionelle Arbeit einer Zeitschrift übernimmt.¹⁶ Gerade im Konsum- und Lifestylebereich drückt die Regierung hier oft ein Auge zu.¹⁷

¹⁰Es liegen jedoch keine verlässlichen Informationen darüber vor, welche Publikationen in welchem Umfang weiterhin staatliche Unterstützung erhielten. Vgl. Doris Fischer, „Rückzug des Staates aus dem chinesischen Mediensektor? Neue institutionelle Arrangements am Beispiel des Zeitungsmarkts“, a.a.O., S.10, 12f.

¹¹Derartige Maßnahmen wurden beispielsweise Ende 2002 in der südchinesischen Provinz Guangdong ergriffen. Siehe C.a., 2002/12, Ü 14.

¹²Vgl. Fischer, „Rückzug des Staates aus dem chinesischen Mediensektor? Neue institutionelle Arrangements am Beispiel des Zeitungsmarkts“, a.a.O., S.9, 15.

¹³Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass hinter einigen erfolgreichen Zeitungen wie beispielsweise der *Beijing Qingnian Bao* (*Beijing Youth Daily*) auch privates Kapital steckt. Vgl. CD, Hong Kong Edition online, 2.9.03; SCMP, 1.8.03.

¹⁴Vgl. dazu beispielsweise *China-Report*, Nr.39, 15.7.03, S.23; *China Nachrichten*, 2003/2, S.135; 2003/4, S.136.

¹⁵Vgl. XNA, 12.10.03. Bei Modemagazinen liegt der erlaubte inhaltliche Anteil bei bis zu 50%, bei wissenschaftlichen Publikationen sogar bei bis zu 70%. Vgl. ebd.

¹⁶Vgl. CD online, 5.11.03.

¹⁷Vgl. SZ, 14./15.8.03. Zudem publizieren einige ausländische Verlagshäuser ihre Titel in Hongkong und vertreiben sie auf dem Festland, was sie jedoch auf Abonnements und wenige Läden als Distributionswege beschränkt. Dagegen ist im TV-Sektor ausländisches Engagement bereits offiziell zugelassen, wobei politische Inhalte voll-

Dagegen stellen ausländische sowie auch inländische Privatinvestitionen in die redaktionelle Arbeit chinesischer Zeitungen ein sehr sensibles Thema dar, da hier, anders als bei Zeitschriften, der politische Aspekt schlecht außen vor gelassen werden kann.¹⁸

Denn alle Medienbetriebe unterstehen weiterhin der administrativen Überwachung durch die zuständigen Ämter der Regierung und der Aufsicht der Partei, für deren Machterhalt sie aufgrund der ihnen zugedachten Funktion als Lenker der öffentlichen Meinung und „Kehle und Zunge der Partei“ bis heute von zentraler Bedeutung sind. Damit einher geht eine immer noch stark eingeschränkte Pressefreiheit. Auch unter der neuen chinesischen Führung sind trotz Bekundungen zu mehr Transparenz und Offenheit staatliche Repressionsmaßnahmen gegen Journalisten und Publikationen an der Tagesordnung.¹⁹ Nichtsdestotrotz hat sich der offiziell geduldete Spielraum im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung in den letzten Jahren ausgeweitet. Mutige Journalisten testen immer wieder aufs Neue die von der Parteiführung gesteckten Grenzen aus und fordern die Staatsmacht mit kritischer Berichterstattung heraus.²⁰ Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen sollen sich chinesische Journalisten im Jahre 2003 stärker als jemals zuvor über die politischen Vorgaben der Partei hinweggesetzt haben.²¹

Die neuen Bestimmungen für Partei- und Regierungspublikationen aus dem Jahr 2003

Die jüngsten Maßnahmen im Printsektor hatten sich bereits im Frühsommer 2003 angekündigt: Die Propagandaabteilung des Zentralkomitees (ZK) der KPCh, das Staatliche Amt für Presse- und Verlagswesen sowie das Amt für Postwesen riefen am 20. Juni alle Zeitungen und Zeitschriften des Landes dazu auf, zwischen Anfang Juli und Ende September keine neuen Abonnements für das Jahr 2004 anzunehmen. Von dieser Regelung ausgenommen wurden lediglich wissenschaftlich-technische Publikationen. Begründet wurde dieser Schritt als Teil groß angelegter Bemühungen der Zentralregierung, so genannte Zwangsabonnements endgültig zu eliminieren. Hierbei handelt es sich um die landesweit verbreitete Praxis einer Vielzahl von Verwaltungsorganen aller Ebenen, eigene

ständig ausgeklammert werden müssen. Vgl. CD online, 5.11.03.

¹⁸Vgl. ebd.

¹⁹Der jüngste Fall in dieser Reihe scheint die Verurteilung zweier Journalisten der für kritische Berichterstattung bekannten Zeitung *Nanfang Dushi Bao* (*Southern Metropolitan Daily*) im März 2004 wegen angeblicher Veruntreuung und Annahme von Bestechungsgeldern zu hohen Haftstrafen zu sein. Vgl. C.a., 2004/3, Ü 12; MBY, 2004/4, S.58-60; Arnold Zeitlin, „Provincial Politics and the Death of Free Media in China“, in: *China Brief*, Vol.4, Issue 7, 1.4.04; ST, 16.6.04.

²⁰Siehe dazu beispielsweise Johnny Erling, „Zwischen Zensur und Geschäft: neue Trends im Journalismus in China“, in: Margot Schüller (Hrsg.), *Strukturwandel in den deutsch-chinesischen Beziehungen – Analysen und Praxisberichte*, Hamburg: Institut für Asienkunde 2003, S.331-344.

²¹Vgl. Reporters Without Borders, „China – 2004 Annual Report“, 3.5.04, unter www.rsf.org/article.php3?id_article=10166, Aufruf am 15.5.04.

Presseorgane, die häufig keine oder nur wenig Lesernähe aufweisen, qua behördlicher Autorität meist in staatlichen Arbeitseinheiten zu vertreiben.²² Nach offiziellen Statistiken waren 2002 noch rund 40% der 2.137 Zeitungen und 9.029 Zeitschriften von derartigen Pflichtabonnements abhängig.²³

Wenig später wurden weitere Einzelheiten der neuen Maßnahmen bekannt. Im Juli verbreitete das ZK der KPCh gemeinsam mit dem Staatsrat ein „Rundschreiben zur verbesserten Regulierung der unkontrollierten Verbreitung der von Partei- und Regierungsorganen herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften und ihres Vertriebs unter Ausnutzung von Amtsgewalt sowie zur Verringerung der [finanziellen] Last der Bevölkerung an der Basis und auf dem Lande“ (*guanyu jinyibu zhili dangzheng bumen baokan sanlan he liyong zhiquan faxing, jianqing jiceng he nongmin fudan de tongzhi*).²⁴ Xinhua-Meldungen über ein Treffen von Vertretern der Disziplinarkontrollkommission und der Propagandaabteilung des ZK, des Ministeriums für Landwirtschaft und des Staatlichen Amts für Presse- und Verlagswesen am 18. Juli lieferten erste Einblicke in Hintergründe und Ziele dieses Zirkulars. So wurde konstatiert, dass trotz einiger positiver Entwicklungen in den letzten Jahren weiterhin „schwerwiegende Probleme“ im Printsektor bestünden. Dazu gehörten eine insgesamt schlechte Qualität der Publikationen, teilweise vorherrschende „Unordnung“ und mangelnde Kontrolle. Insbesondere problematisch sei, dass einige Partei- und Regierungsorgane entgegen in der Vergangenheit mehrfach erlassener Anweisungen der Zentralregierung weiterhin ihre exponierte Machtstellung ausnutzten, um den Absatz von Publikationen zu sichern. Dies habe die Finanzlast der Bevölkerung auf dem Lande und an der städtischen „Basis“ erheblich vergrößert und einigen Unmut hervorgerufen. Die Parteiführung sehe es als dringliche Aufgabe an, diese Missstände zu beheben. Darüber hinaus sei es notwendig, das Management von Zeitungen und Zeitschriften weiter zu verbessern. Die Effizienz und Attraktivität der Medien im Allgemeinen sowie die Qualität der Presseerzeugnisse im Besonderen müssten erhöht werden, wobei jedoch an der Parteikontrolle der Presse festzuhalten sei.²⁵

Zur Umsetzung dieser Ziele erfolgte Ende Juli 2003 durch das Staatliche Amt für Presse- und Verlagswesen die öffentliche Bekanntgabe neuer Bestimmungen zur Reorganisation von Regierungs- und Parteipublikationen. Die wichtigsten Punkte werden nachfolgend dargestellt.²⁶

²²Xinhua, 20.6.03, nach BBC PF, 22.6.03.

²³*People's Daily* online, 3.10.03; *China Nachrichten*, 2003/3, S.133.

²⁴ZXS, 28.11.03, nach BBC PF, 30.11.03.

²⁵Xinhua, 18.7.03, nach BBC PF, 22.7.03.

²⁶Die neuen Bestimmungen „Zhongban, guoban guanyu zhili baokan tanpai shishi xize“ (Detaillierte Umsetzungsbestimmungen zur vom ZK der KPCh und dem Staatsrat [verabschiedeten Bekanntmachung] über die Regulierung von zwangsweise verbreiteten Zeitungen und Zeitschriften) finden sich beispielsweise unter <http://tech.sina.com.cn/other/2003-07-31/1949215837.shtml>, Aufruf am 29.1.04. Soweit nicht anders vermerkt beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen auf diese Regelungen.

Subventionen

Direkte finanzielle Unterstützung des Staates soll nur noch einigen wenigen Presseorganen zukommen. Die Bestimmungen führen allerdings nicht explizit Namen und Anzahl der weiterhin subventionierten zentralen Presseorgane auf. Aus der chinesischen Berichterstattung über die Reorganisationsmaßnahmen 2003 geht jedoch hervor, dass es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um folgende Publikationen handelt:

- die *Renmin Ribao*
- die Theoriezeitschrift *Qiushi (Seeking Truth)*
- die Wirtschaftszeitung *Jingji Ribao (Economic Daily)* und
- die Tageszeitung *Guangming Ribao (Guangming Daily)*, die sich an Intellektuellenkreise wendet.

In den Regelungen festgeschrieben ist, dass auf Provinzebene jeweils nur noch eine Parteizeitung und -zeitschrift, auf Bezirks- bzw. Stadtebene jeweils lediglich eine Parteizeitung subventioniert werden darf.

Entflechtung von Verwaltung und kommerziellen Aktivitäten auf zentraler Ebene

Die Bestimmungen sehen vor, dass bei den von Partei- und Regierungsorganen auf zentraler Ebene herausgegebenen Publikationen eine Trennung von „Administration und Operation“ (*guanban fenli*) vorgenommen wird.²⁷ Diese Entflechtung beinhaltet die Finanzen, den Vertrieb sowie auch das Personal. Von den oben genannten Ausnahmen abgesehen sollen alle Publikationen zukünftig von ihren Verwaltungsstellen unabhängig wirtschaften und für ihren Vertrieb selbst verantwortlich sein.²⁸ Darüber hinaus ist es Regierungs- und Parteifunktionären nicht mehr erlaubt, gleichzeitig Posten bei Zeitungs- oder Zeitschriftenverlagen zu besetzen. Dies beinhaltet auch leitende Ämter wie das des Chefredakteurs. Alle Kader mit Doppelfunktion wurden daher aufgefordert, entweder ihre Tätigkeit im Publikationswesen oder ihr Regierungs- bzw. Parteiamt aufzugeben.

Die Regelungen stellen jedoch klar, dass den Verwaltungsorganen nach wie vor die leitende und überwachende Weisungsverantwortung obliegt. Das beinhaltet unter anderem die Kontrolle über die „Qualität“ sowie auch die Ernennung der „Hauptverantwortlichen“ (*zhuyao fuzeren*) von Zeitungen und Zeitschriften.

Unter gewissen Bedingungen können Publikationen auf zentraler Ebene fortan als „host unit“ (*zhuban danwei*) fungieren. Dafür müssen sie in wirtschaftlich gesunder Verfassung sein, sollen über eine „korrekte [politische] Einstellung“ (*daoxiang zhengque*) verfügen und dürfen in

²⁷Eine Trennung der Verlags- und Zeitungsgruppen von den staatlichen Verwaltungsorganen war bereits Ende der neunziger Jahre anvisiert worden. Siehe C.a., 1998/1, Ü 19.

²⁸Als offizielles Vorbild einer solchen Entflechtung von Verwaltung und kommerziellen Aktivitäten gilt die *Shandong-Dazhong*-Zeitungsgruppe. Diese hatte bereits 2001 ihren Inserentenverkauf, Vertrieb und Druck in Tochterunternehmen ausgelagert und behielt lediglich die redaktionellen Tätigkeiten im „Mutterhaus“. Vgl. FEER, 10.7.03.

den letzten fünf Jahren keine Disziplinarverstöße verschuldet haben. Die Aufsichtsfunktion der zuständigen Verwaltungsbehörde bleibt jedoch bestehen. Zeitungen und Zeitschriften, die diese Kriterien nicht erfüllen, können sich einer Zeitungs- oder Verlagsgruppe in Beijing, einem vom Staatsrat genehmigten nationalen Branchenverband oder einer Massenorganisation mit Verwaltungs- und Herausgabebefugnissen für Publikationen angliedern. Findet sich kein qualifizierter Verlag, muss die betreffende Publikation ihre Arbeit einstellen.

Fusionen und Schließungen auf Provinzebene

Wie bereits erwähnt, ist den Parteiorganen auf Provinzebene fortan lediglich die Herausgabe jeweils einer Zeitung und einer Zeitschrift erlaubt. Die Regierungsorgane dürfen jeweils nur eine kostenlose Schrift (beispielsweise öffentliche Bekanntmachungen) mit staatlichen Mitteln finanzieren. Alle anderen Publikationen müssen sich den Parteizeitungsgruppen, anderen Verlagsgruppen oder Medienkonzernen angliedern und sich dem freien Marktwettbewerb stellen. Auch Publikationen, die über eine „korrekte politische Einstellung“ verfügen, in wirtschaftlich gesunder Verfassung sind und hohe Werbeeinnahmen vorweisen können, dürfen andere Publikationen „aufnehmen“. Findet sich keine qualifizierte Zeitungs- oder Verlagsgruppe, muss die Publikation schließen. Gleiches gilt für diejenigen Zeitungen und Zeitschriften auf *Provinz- und zentraler Ebene*, die hauptsächlich für den internen Gebrauch eines Partei- und Regierungsorgans hergestellt werden und lediglich über einen Anteil von weniger als 50% an unabhängigen Abonnements verfügen oder sich generell in schlechter finanzieller Situation befinden. Ihre Arbeit einstellen müssen zudem alle Publikationen, die auf *Provinzebene oder darunter* von Gewerkschaften, Vereinen und Forschungsinstituten sowie von Behörden herausgegeben werden, die für verschiedene Branchen (Finanzen, Steuern, Industrie und Kommerz, Transport, aber auch öffentliche Sicherheit, Familienplanung etc.) zuständig sind.

Von diesen Maßnahmen ausgenommen sind auf Provinzebene Zeitungen und Zeitschriften, die in den letzten fünf Jahren keine Disziplinarverstöße verschuldet haben, in guter finanzieller Verfassung sind und über mindestens 80% unabhängige Abonnements verfügen. Diese müssen eine Entflechtung der Finanzen, des Vertriebs und des Personals von den Verwaltungsstellen vornehmen.

Fusionen und Schließungen auf Bezirks- und Kreisebene

Parteikomitees auf Bezirksebene dürfen lediglich eine Parteizeitung herausgeben. Alle anderen Publikationen müssen mit diesem Presseorgan fusionieren. Tochterzeitungen und -zeitschriften des Presseorgans bleiben erhalten.

Auf Kreisebene ist es nunmehr gänzlich untersagt, Zeitungen oder Zeitschriften herauszugeben. Ausnahme bilden von der Partei bereits vor 1949 gegründete Zeitungen. Zeitungen, die über hohe Werbeeinnahmen verfügen und in besonders wohlhabenden Kreisen mit mehr als 500.000 Einwohnern herausgegeben werden, können von Parteizeitungen auf Provinz- oder Bezirksebene auf-

gekauft oder zur Kreisausgabe der übergeordneten Bezirksparteizeitung umgewandelt werden.

Weitere Ausnahmen und Zusammenlegungen

Auf allen Verwaltungsebenen sind Publikationen in Minderheitensprachen von den Schließungen ausgenommen. Vorgesehen ist darüber hinaus, dass Zeitungen und Zeitschriften ähnlichen Inhalts zu einer Publikation zusammengelegt werden. Von den Schließungen oder Zusammenlegungen betroffene Zeitungen und Zeitschriften, die wichtig für die Informationsverbreitung innerhalb der Regierungs- und Parteiorgane sind, sollen in kostenlose Rundschreiben umfunktioniert werden. Diese sollen als „interne Materialien“ (*neibu ziliao*)²⁹ behandelt werden, dürfen lediglich innerhalb der herausgebenden Institution zirkulieren und keine kommerziellen Interessen verfolgen.

Verstärktes Vorgehen gegen Zwangsabonnements

Die neuen Regelungen sehen zudem Maßnahmen zur gezielten Einschränkung administrativ verfügbarer Pflichtabonnements und anderer illegaler Gebühren vor. Alle Regierungs- und Parteiorgane, die mit Hilfe ihrer exponierten Machtstellung den Vertrieb von Publikationen vorantreiben, sollen bestraft werden.

Verbesserung der Verbreitung von Parteipublikationen

Alle Arbeitseinheiten an der „Basis“ werden angewiesen, einen gewissen Prozentsatz öffentlicher Gelder für die Abonnierung von Parteipublikationen auszugeben. Dabei ist insbesondere den zentralen Presseorganen wie der *Renmin Ribao* und der Theoriezeitschrift *Qiushi* der Vorrang zu geben. Die zuständigen Verwaltungsorgane sollen jedoch darauf achten, dass sich die finanzielle Last der Landbevölkerung durch diese Abonnements in Grenzen hält. Angeregt wird, dass die *Renmin Ribao* und Provinzparteizeitungen spezielle Ausgaben für ländliche Gebiete konzipieren, die weniger umfangreich und damit preislich günstiger sowie stärker an den Interessen der Landbevölkerung ausgerichtet sind.

Bisherige Umsetzung der Maßnahmen

Die für die Durchführung der Reformmaßnahmen gebildete ZK-Führungsgruppe für die Koordination der Regulierungsarbeit im Pressewesen (*Zhongyang baokan zhili gongzuo xietiao lingdao xiaozu*) veröffentlichte Ende November 2003 eine Liste mit Publikationen, die bis zum Jahresende geschlossen bzw. zusammengelegt werden sollten.³⁰ So wurde bekannt, dass von den insgesamt 1.452 Zeitungen und Zeitschriften, die laut offiziellen Angaben

von den verschiedenen Reformmaßnahmen betroffen sind, 677 Publikationen (282 Zeitungen und 395 Zeitschriften) bis zum 31. Dezember 2003 ihre Arbeit einstellen mussten. Bei 262 der zu schließenden 282 Zeitungen handele es sich um ehemals von Regierungs- und Parteiorganen herausgegebene Publikationen auf Kreis- und Stadtbezirksebene. Die Übernahme durch Zeitungen oder Zeitungsgruppen höherer Verwaltungsebenen wurde landesweit lediglich 35 von Kreisen und Stadtbezirken herausgegebenen Publikationen aufgrund ihrer „Wichtigkeit und großen Auflage“ bewilligt.³¹ Der Zusammenschluss von mehreren Publikationen ähnlichen Inhalts zu einer Zeitung bzw. Zeitschrift scheint vor allem kleinere Parteizeitungen betroffen zu haben.³²

Auch über den Vollzug weiterer Maßnahmen wurden in den letzten Monaten verschiedene Zahlen veröffentlicht, die allerdings zum Teil voneinander abweichen. Offizielle Meldungen im März 2004 sprechen von weiteren 325 Publikationen, die bereits in bestehende Zeitungs- und Verlagsgruppen eingegliedert wurden. Zudem sollen 310 Zeitungen und Zeitschriften ihre Marktaktivitäten von den Verwaltungsstellen abgekoppelt haben sowie 94 Journale in kostenlose Schriften umgewandelt worden sein. Die durchgeführten Schritte hätten dazu geführt, dass zukünftig im Jahr 1,54 Milliarden Exemplare von Zeitungen und Zeitschriften weniger gedruckt werden und die Bevölkerung insgesamt 1,8 Milliarden RMB durch wegfallende Zwangsabonnements einspare.³³

Über das Schicksal der von den jüngsten Schließungen und Fusionen betroffenen Redaktionsmitarbeiter, die von inländischen Beobachtern auf über 9.000 geschätzt werden,³⁴ wurde bislang wenig bekannt. In den im Sommer 2003 erlassenen Bestimmungen werden die verantwortlichen Verwaltungsstellen angewiesen, den Personalabbau in angemessener Weise aufzufangen. So sollen sie den freigesetzten Arbeitnehmern beispielsweise neue Stellen in Tochtergesellschaften, so vorhanden, zuweisen, sie aber auch ermutigen, sich selbst eine neue Arbeitsstelle zu suchen. Manche inländische Beobachter mutmaßen, dass einige Journalisten auf der Suche nach einer neuen Beschäftigung dem allgemeinen Trend folgend in große Städte abgewandert sein könnten. Als problematisch wird jedoch angesehen, dass die Qualifikation vieler Journalisten insbesondere auf Kreisebene zu wünschen übrig lasse. Nur etwa 30% von ihnen verfügten nach Schätzungen von Medienexperten über eine professionelle Ausbildung.

³¹Vgl. „Zhongyang baokan zhili xietiao lingdao xiaozu cheng tingban 677 jia baokan“ (ZK-Führungsgruppe für die Koordination der Regulierungsarbeit im Pressewesen gibt 677 zu schließende Publikationen bekannt), 22.12.03, unter <http://tech.sina.com.cn/me/media/gc/2003-12-22/1024271507.shtml>, Aufruf am 29.3.04.

³²Die von den Schließungen oder Fusionen betroffenen Publikationen sind beispielsweise die Zeitschriften *Guanggao Shijie* (*Welt der Werbung*), *Nongye Zhishi* (*Landwirtschaftliches Wissen*), *Dangyuan zhi you* (*Freund des Parteimitglieds*), *Dangfeng* (*Parteiwind*) sowie die Zeitungen *Shahe Shibao* (*Zeitung der Stadt Shahe*) aus Hebei und *Shanxi Jiating Bao* (*Familienzeitung von Shanxi*). Vgl. ebd.

³³CD online, 15.3.04.

³⁴Yao Haiying, „Baokan gaige daju yiding 9000 yu ming jizhe hequ hecong?“ (Was wird aus den über 9.000 von den Reformen im Pressewesen betroffenen Journalisten?), in: *21 Shiji Rencai Bao*, 24.9.03, unter <http://tech.sina.com.cn/me/media/gc/2003-09-24/1044237743.shtml>, Aufruf am 25.5.04.

²⁹Anzumerken ist an dieser Stelle, dass in China Publikationen häufig auch als „internes Material“ ausgegeben werden, um damit lästige Copyrightfragen und ISSN-Vergabeprozesse zu umgehen. (Anm. Heike Holbig).

³⁰Die komplette Liste ist abrufbar unter <http://chinanews.com.cn/n/2003-11-28/26/374396.html>, Aufruf am 22.12.03.

Hinzu komme, dass der Entfaltungsspielraum für Reporter auf Kreisebene oft sehr gering sei. Ein Großteil habe lediglich gelernt, Nachrichten im Stile von Xinhua-Meldungen zu verfassen. Aufgrund dessen könne es für viele schwierig werden, in marktorientierten Zeitungs- oder Zeitschriftenverlagen unterzukommen. Darüber hinaus sei die Arbeitsmarktsituation im chinesischen Mediensektor insgesamt angespannt, da zurzeit viele Hochschulabsolventen in diese Branche drängten.³⁵

Es ist auch daher nicht verwunderlich, dass die Reformmaßnahmen insbesondere bei bislang stark subventionierten Publikationen einigen Widerstand hervorgerufen haben. Nach Angaben der *China Business Weekly* soll bereits im August 2003 ein hoher Funktionär des Staatlichen Amtes für Presse- und Verlagswesen geäußert haben, dass die Umsetzung der neuen Bestimmungen länger dauern werde als geplant.³⁶ Im Oktober 2003 schickte die Zentralregierung zehn Überwachungsgruppen auf Inspektionstour durch zwanzig Provinzen, die die Durchführung der neuen Regelungen gewährleisten sollte. Auch die Bevölkerung wurde landesweit aufgerufen, sich an der Überwachung der neuen Bestimmungen zu beteiligen. Es wurden Hotlines eingerichtet, unter denen etwaige Verstöße gegen die zentralen Anordnungen von aufmerksamen Bürgern gemeldet werden können. Dennoch wurde in einem am 15. Februar 2004 gemeinsam vom Staatlichen Amt für Presse- und Verlagswesen sowie der ZK-Propagandaabteilung herausgegebenen Rundschreiben darauf hingewiesen, dass trotz der jüngsten Maßnahmen einige lokale Behörden weiterhin öffentliche Mittel zum Vertrieb von Publikationen nutzten.³⁷ Um einem solchen Missbrauch endgültig Einhalt zu gebieten, strebe die parteistaatliche Führung nun die Einrichtung eines langfristig angelegten Kontrollsystems an. Genaue Details hierzu wurden bislang aber noch nicht bekannt gegeben.³⁸

Bewertung der jüngsten Entwicklungen: Mehr Markt, angezogene Kontrolle?

Wie die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, strebt die parteistaatliche Führung mit den seit Sommer 2003 durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen für Partei- und Regierungspublikationen weit mehr als nur die Abschaffung illegaler Zwangsabonnements und die finanzielle Entlastung der gesellschaftlichen Basis an. So dürfte es der Zentralregierung ebenfalls um weitere Einsparungen

³⁵Vgl. ebd.; C.a., 2003/10, Ü 10.

³⁶*China Business Weekly*, 17.8.03. Einige der Maßnahmen sollten ursprünglich bereits bis Ende September 2003 umgesetzt werden. Siehe „Zhongban, guoban guanyu zhili baokan tanpai shishi zize“, a.a.O.

³⁷Vgl. Xinhua, 15.2.04, nach BBC PF, 18.2.04. Siehe dazu auch „Xinwen chubao zongshu: Dangbao tanpai reng cunzai. Fudan jizhong zai xiangzhen“ (Staatliches Amt für Presse- und Verlagswesen: Die zwangsweise Verbreitung von Parteizeitungen ist immer noch existent. Die Last konzentriert sich auf ländliche Gebiete), in: *Zhongguo Qingnian Bao*, 3.12.03, unter www.people.com.cn/GB/shizheng/1027/2227084.html, Aufruf am 18.4.04.

³⁸Vgl. CD online, 15.3.04.

im Staatshaushalt gehen, die vor allem durch die Schließung von Publikationen, teilweise sicherlich auch durch das verstärkte Vorgehen gegen den Zwangsvertrieb von Zeitungen und Zeitschriften erzielt werden dürften. Denn Letzteres betrifft meist staatliche Arbeitseinheiten, die die Abonnements überwiegend aus öffentlichen Geldern bezahlen. Durch die neuen Bestimmungen vorangetrieben wird außerdem die Ende der neunziger Jahre eingeleitete Rezentralisierung der Besitzverhältnisse von Zeitungen und Zeitschriften durch die Etablierung großer Medienkonzerne. Dies manifestiert sich in den angeordneten Fusionen etlicher Publikationen mit Zeitungs- und Verlagsgruppen. Weitere Rezentralisierungstendenzen zeigen sich überdies in der starken Reduzierung der offiziellen Sprachrohre auf wenige Publikationen insbesondere der oberen Verwaltungsebenen sowie in deren nunmehr wieder administrativ angeordnetem Absatz. Damit vollzieht die Führungsspitze zur Sicherung des Einflusses ihrer Stimme eine klare Trennung zwischen Partei- und Massenmedien. Während also die wichtigsten Presseorgane der Partei vom hitzigen Marktwettbewerb befreit werden und deren Verbreitung durch Pflichtabonnements abgesichert wird, dürfen alle anderen Publikationen nicht länger durch behördlichen Zwang vertrieben werden und müssen sich dem Wettbewerb stellen. Durch den aufgrund dessen vorherrschenden Zwang zur höheren Profitabilität hofft die Zentralregierung, Effizienz, Qualität und Lesernähe letzterer Zeitungen und Zeitschriften zu steigern. Eine entscheidende Rolle zur Erreichung dieses Ziels könnte die angeordnete Trennung aller zentralen Publikationen, Zeitungs- und Verlagsgruppen von ihren verwaltenden Institutionen spielen. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass sich diese Maßnahme nicht nur auf die finanziellen Aktivitäten beschränkt, sondern ebenfalls die Belegschaft einschließt. Auch wenn die Führungsriege der Publikationen und Verlage weiterhin durch die zuständige Administration eingesetzt und eine verstärkte Kontrolle ihrerseits angemahnt wird, könnte diese Entflechtung im Rahmen der abgesteckten politischen Grenzen mehr Freiheiten für die Publikationen bedeuten.

Nichtsdestotrotz untermauern die neuen Maßnahmen die unter Experten weit verbreitete Ansicht, dass die parteistaatliche Führung keinesfalls gewillt ist, die Zügel der Kontrolle über die Medien in absehbarer Zeit aus der Hand zu geben. Manch ein Kommentator spricht angesichts der Tatsache, dass sich rentable lokale Regierungspublikationen Parteizeitungen und Zeitungsgruppen höherer Ebenen anschließen mussten, sogar von einer Rückkehr zur „totalen Parteikontrolle“.³⁹ So stecke hinter den Schließungen und Fusionen einer Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften auch in erster Linie die Absicht, die lokale Konkurrenz zu den zentral herausgegebenen Sprachrohren der Partei zu eliminieren. Auf diese Weise sollten die knappen öffentlichen Gelder auf die Verbreitung der großen Sprachrohre konzentriert werden.⁴⁰

Diese Einschätzungen mögen überzogen scheinen; fest steht jedoch, dass die Führungsspitze mit den neuen Re-

³⁹Vgl. He Qinglian, „Media Control in China“, in: *China Rights Forum* (New York), No.1, 2004 (March 2004), S.11-28, hier S.24.

⁴⁰Vgl. ebd., S.22.

gelingen von 2003 ihre bisherige Doppelstrategie fortgesetzt, die Wirtschaftlichkeit der Printmedien zu verbessern, gleichzeitig aber an der ideologischen Kontrolle der Medien festzuhalten. Dies zeigt nicht zuletzt auch die Tatsache, dass die offiziell bestehende Eigentumsstruktur der Zeitungs- und Verlagsgruppen durch die Reorganisationsmaßnahmen nicht angetastet worden ist.⁴¹ Die Bestimmungen veranschaulichen darüber hinaus aufs Neue die angestrebten Bemühungen der Zentralregierung, angesichts der zunehmenden Internationalisierung der öffentlichen Meinung die Bedeutung der chinesischen Medien im Allgemeinen und den Einfluss der Parteipublikationen im Besonderen zu sichern. Dieses geht einher mit beständigen Appellen an die Journalisten des Landes, ihre Berichterstattung attraktiver zu gestalten und die Glaubwürdigkeit der Medien zu steigern.⁴² Insbesondere in den letzten Monaten mehrten sich derartige Anstrengungen, die speziell auf die zentralen Parteipublikationen ausgerichtet sind. Die Nachrichtenagentur Xinhua meldete im Mai 2004, dass die offiziellen Parteizeitungen den Lesern nun auch außerhalb der Arbeitseinheit leichter zugänglich gemacht und vermehrt im Straßenverkauf erhältlich sein sollen. Die *Renmin Ribao* plane zudem, eine „angemessene Reform“ ihres Layouts durchzuführen und in ihrer Berichterstattung mehr den Leserinteressen zu entsprechen.⁴³ Im selben Monat wurde bekannt gegeben, dass die *Renmin Ribao*, die *Guangming Ribao* und die *Jingji Ribao* künftig keine bezahlten Berichte mit Lobeshymnen über Erfolge lokaler Behörden und Funktionäre mehr abdrucken wollen. Derartige „Imagewerbung“ ist in China weit verbreitet und bildet häufig eine wichtige Einnahmequelle für Publikationen. Die selbstglorifizierenden Artikel stellten bislang eine oft effektive Investition für Funktionäre dar, die sich eine Beförderung erhofften. Allerdings führten sie auch zum Anstieg der Korruption und zum Verdruss unter weiten Teilen der Bevölkerung.⁴⁴

Ob es durch diese und ähnliche Maßnahmen gelingen wird, die Leserschaft der offiziellen Sprachrohre auch außerhalb der staatlichen Arbeitseinheiten auszuweiten, bleibt abzuwarten. Zumindest in Bezug auf die chinesischen Städte muss dies jedoch angezweifelt werden. So

⁴¹Im Sommer 2003 kursierende Spekulationen, die Regierung werde im Rahmen der geplanten Reorganisationsmaßnahmen das Geschäftsmanagement der Publikationen partiell für in- und ausländische Privatinvestitionen öffnen, haben sich damit nicht bewahrheitet. Beispielsweise hatte das renommierte chinesische Wirtschaftsmagazin *Caijing (Business and Finance Magazine)* unter Berufung auf Insiderinformationen über künftig erlaubtes Privatinvestment von bis zu 40% berichtet. Vgl. Zhu Xiaochao, „Baoye gaige lakai xumu, wai zi he minying ziben ke touzi meiti“, in: *Caijing*, 30.7.03, unter <http://tech.sina.com.cn/me/2003-07-30/1707215346.shtml>, Aufruf am 25.5.04.

⁴²So wurden die Medien insbesondere im Zuge der SARS-Krise aufgerufen, weniger über belanglose Aktivitäten der Spitzenpolitiker zu berichten und sich stattdessen stärker an den Interessen des Publikums auszurichten. Die Berichterstattung müsse „nahe an der Realität, an den Massen und am [Alltags-] Leben“ (*tiejin shiji, qunzhong, shenghuo*) sein. Etwa *Hongkong Hsin Pao* online, 12.6.03; Xinhua, 19.1.04, nach BBC PF, 25.1.04; XNA, 16.4.04.

⁴³Xinhua, 17.5.04, nach BBC PF, 19.5.04.

⁴⁴Die Zentralregierung plane daher, es nicht bei einem Verbot derartiger „Werberberichte“ für die offiziellen Sprachrohre der Partei zu belassen, sondern eine landesweite Kampagne zur Beseitigung dieser „ungesunden Tendenz“ durchzuführen. Vgl. Xinhua, 11.5.04, nach BBC PF, 13.5.04; SCMP, 12.5.04.

ist es eher unwahrscheinlich, dass den Parteipublikationen aufgrund ihrer weiterhin geringen Spielräume gelingen wird, es mit den wesentlich lebendigeren und daher beliebteren Abendzeitungen und Wochenendausgaben aufzunehmen. Dagegen könnte diese Strategie auf dem Lande aufgrund eines eingeschränkten Alternativangebots möglicherweise erfolgreicher sein.

Für die bereits im Sommer 2003 von vielen Beobachtern geäußerten Bedenken, die parteistaatliche Führung könne die Reformen als Vorwand nutzen, um gegen allzu „forsche“ Publikationen vorzugehen, die gegen politische Vorgaben der Regierung verstoßen hatten, gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Nach Einschätzung der meisten in- und ausländischen Medienexperten scheinen von den Schließungen tatsächlich hauptsächlich lokale Branchenpublikationen sowie kleinere Lokalzeitungen und -zeitschriften betroffen zu sein, die ihre Auflage bis dato vor allem durch behördlich verordnete Abonnements sichergestellt und nur wenig oder gar keine Lesernähe aufgewiesen hatten. Die New Yorker Menschenrechtsorganisation Human Rights in China berichtet in der Märzausgabe ihres Magazins *China Rights Forum* allerdings über die Schließung einer chinesischen Zeitschrift Ende des Jahres 2003, die auf eine politische Motivation hindeuten könnte.⁴⁵ Hierbei handelt es sich um das von Chinas Commercial Press herausgegebene Wirtschaftsmagazin *Jinri Dongfang (Orient Today)*, das von den Behörden am 5. Dezember 2003 aufgefordert wurde, seine Arbeit einzustellen. Nicht wenige inländische Journalisten seien davon überzeugt, dass die Schließung der nach eigenen Angaben finanzkräftigen Beijinger Monatszeitschrift mit ihrer kritischen Berichterstattung in Verbindung stehe, die den Unmut der Behörden auf sich gezogen habe.⁴⁶ Es ist jedoch unklar, ob und inwieweit die Schließung von den Behörden wirklich im Namen der Reformmaßnahmen angeordnet wurde, wie dies die New Yorker Menschenrechtsorganisation annimmt. Der Titel des Wirtschaftsjournals findet sich jedenfalls nicht auf der Ende November 2003 von der Zentralregierung herausgegebenen Liste der zu schließenden Publikationen.⁴⁷ Dass die betreffende Zeitschrift politisch motivierten Restriktionsmaßnahmen zum Opfer gefallen sein könnte, ist allerdings nicht auszuschließen. Zudem bieten die Bestimmungen von 2003 nicht zuletzt durch unspezifische Aussagen genügend Raum, Willkürakte der Behörden zu ermöglichen.

Dennoch, im Hinblick auf mögliche Entwicklungstendenzen im Pressewesen ist eine stärkere Medienkontrolle als bislang, wie das einige Beobachter mutmaßen, eher nicht zu erwarten. Die bisherigen Entwicklungen seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die neue Führungsgeneration 2002/2003 deuten vielmehr darauf hin, dass sich auch künftig Zeiten größeren Spielraums für die Journalisten des Landes mit Phasen intensiver staatlicher Restriktionsmaßnahmen abwechseln werden. Darüber hinaus stellt der zunehmende Einfluss der elektronischen Medien in China schon jetzt ein wachsen-

⁴⁵Siehe Zhang Xin, „Death of a Venerable Magazine“, in: *China Rights Forum* (New York), No.1, 2004 (March 2004), S.29-31.

⁴⁶Vgl. ebd.

⁴⁷Siehe „Zhongban, guoban guanyu zhili baokan tanpai shishi xize“, a.a.O.

des Hindernis für die Zentralregierung dar, die volle Kontrolle über die öffentliche Meinung auszuüben. Es wird zudem abzuwarten sein, welche Auswirkungen die fortschreitende Kommerzialisierung auf die Medieninhalte in China hat.⁴⁸ In absehbarer Zeit ist allerdings nicht damit zu rechnen, dass die chinesischen Medienbetriebe von ihrem gleich mehrfachen Dilemma einerseits zwischen befohlener Parteitreu und angeordneter begrenzter kritischer Berichterstattung sowie andererseits zwischen politischen Vorgaben der Regierung und der marktorientierten Zielsetzung der Verlage erlöst werden.

* Birte Klemm ist Doktorandin am Afrika-Asien-Institut der Universität Hamburg und war von Dezember 2003 bis Mai 2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Asienkunde.

⁴⁸Einen Überblick über die Diskussion in der Fachliteratur zum Einfluss wirtschaftlicher Liberalisierung auf die Medieninhalte in China bietet beispielsweise Barrett L. McCormick, „Recent Trends in Mainland China's Media: Political Implications of Commercialization“, a.a.O.